

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

[urn:nbn:de:gbv:45:1-74332](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-74332)

Der Ammerländer

(Zersprecher Nr. 5.)

erscheint täglich mit Ausnahme des Tages nach Sonn- und Feiertagen.

Preis fürs Vierteljahr durch die Post frei ins Haus bezogen 4,50 Mark, zum Abholen von der Post 3,60 Mark. Alle Postanstalten und Landbriefträger nehmen Bestellungen entgegen. Anzeigengebühren: Für die einpaltige Kleinzeile (ober deren Raum) für Auftraggeber aus dem Freistaat Oldenburg 30 Pfg., für außerhalb des Freistaats wohnende 35 Pfg. Reklamen kosten 1 Mark die Zeile. Anzeigen-Nachnahme bis 9 Uhr vormittags am jeweiligen Drucktag; größere Anzeigen werden am Tage vorher erbeten.

Für die Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. — Jedes Anrecht auf Rabatt geht verloren, wenn Anzeigen-Gebühren durch gerichtliche Mitwirkung eingezogen werden müssen. — Platzvorschriften bei Aufgäben der Anzeigen werden nach Möglichkeit berücksichtigt, eine Gewähr für den verlangten Platz wird jedoch nicht übernommen.

Nr. 283.

Wetterstede, Donnerstag den 4. Dezember 1919.

59. Jahrgang.

Demnachst...

Sofort! hieß es im Vorkamer-Brechen der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, wenn die Regierung sich genötigt sah, nach langen Kämpfen irgendeine Reform auf dem Gebiete der inneren Verwaltung in Aussicht zu stellen — und man konnte sicher sein, daß nach diesem Versprechen, mit dem die öffentliche Meinung fürs erste wieder eingeschläfert war, zunächst eine ganze Weile lang gar nichts geschah. Wenn Herr v. Büttamer dann nach einem halben oder ganzen Jahr an sein „Sofort!“ erinnert wurde, pflegte er mit dem unschuldigen Gesicht von der Welt zu fragen, damit sei doch nicht notwendigerweise schon heute oder morgen gemeint gewesen, im Leben eines Volkes müsse mit weiteren Beträumen gerechnet werden als im Dasein des Einzelmenschen, und wenn es so weit sei, daß seine Befolge eingelöst werden könne, werde noch immer nichts veranlaßt sein. Und so weiter. Die heutige Regierung hat sich den Gang der von ihr für notwendig gehaltenen inneren Erneuerung unserer Verhältnisse auch etwas rascher vorgeeilt als die harte Wirklichkeit es zuläßt; deshalb ist sie vorpflichtig geworden in der Abgabe von Versprechungen. Sie sagt nicht „sofort!“; sie sagt: demnachst...

Demnachst, hören wir jetzt wieder, sollen Maßnahmen gegen den deutschen Ausverkauf getroffen werden. Schon in Weimar wurden gelegentliche Vorkehrungen gegen wilde Streiks angekündigt, weil man der Ansicht war, daß unter den heutigen Verhältnissen, wo gegen den Willen der Arbeiter kaum noch etwas geschehen kann in Deutschland, das Sozialistengesetz durch ungenügende oder gewissenlose Elemente gescheitert werden müsse. Geklagte ist aber nichts, so daß der Arbeiterminister Schritte erst in diesen Tagen das gleiche Versprechen noch einmal geben konnte — um die bürgerlichen Reichsteilhaber für das Betriebsrätekommando zu gewinnen. In der Zwischenzeit sind aber gerade diejenigen Kreise, deren unheilvoller Einfluß durch das neue Gesetz eingeschränkt werden soll, besonders rühmig gewesen: sie werden nicht ungerührt auf den Kampfplatz treten, wenn die Vorlagen des Nationalparlamentes ausgeben. Oder ein anderes Beispiel: die Kapitalflucht. Auch hier bestand von vornherein nicht der geringste Zweifel darüber, daß sie bekämpft werden müsse mit allen Mitteln, die über die der Staat nur zu verfügen vermag; und da wir einen im wesentlichen antipolitischen Staat haben, dürfte man annehmen, daß er sich dieser Aufgabe wenigstens gewachsen zeigen würde. Was aber gab's? Antidumping und stels wieder Aufwindungen, die nur immer noch mehr Vermögen aus dem Lande trieben. Daneben höchstens laienhafte Versuche, das eine oder andere Gesetz noch zu verfeinern, Verordnungen, die bestenfalls zur Hälfte durchgeföhrt werden konnten, bis schlie ßlich jeder Kenner der Verhältnisse ausgehen mußte, daß weitere Vermehrungen sich erübrigten. Die Willkür, die noch an Hause festgehalten werden sollten, sind längst über alle Berge.

Nun kommt der Ausverkauf auf die Reihe. „Nun soll demnachst“ ein Ende bereitet werden. Der Erfolg wird sein, daß er „nachst“ erst recht flott in Gang kommen wird. Ließ sein Tempo auch in den letzten Wochen schon gar nichts mehr zu wünschen übrig, so werden doch mancherlei Vorrate und Waren noch zurückgehalten worden sein in der Hoffnung auf immer weiteres Ansteigen der Preise. Und mancher tieferer Kaufmann, der sich bisher noch Zeit ließ, weil er meinte, die besten Chancen würden bis zuletzt aufgehoben, wird sich jetzt schamlos auf die Strömung machen, um bei dem allgemeinen Preisrückgang auf die Reihe des deutschen Volkserwerbs nicht zu spät zu kommen. Kommen die Maßnahmen, die „demnachst“ getroffen werden sollen, nicht „sofort“ in Kraft treten? Und wenn das nicht möglich war, wäre es nicht besser gewesen, wenigstens schweigend auszuweichen und erst dann zu reden, wenn das Wort zugleich durch die Tat bekräftigt werden konnte? Gewiß mußte die Regierung glauben, ihr Schweigen könnte mißverstanden werden, aber darauf mußte sie es ruhig ankommen lassen, wenn durch vorzeitiges Reden das Übel doch nur vergrößert werden konnte. Imponieren kann es jedenfalls nicht, wenn immer wieder um ein Ei geekelt wird; denn die Folge ist, daß dann auch die beabsichtigten Maßnahmen wirkungslos bleiben.

Was hier gesagt worden ist, richtet sich ganz gewiß nicht gegen den guten Willen der Regierung; der liegt außer Frage. Eben so wenig handelt es sich um eine Vorbeugehandlung dieser oder jener Partei, über die man in sozialistischer Beziehung verächtlicher sein kann. Nur die tatsächliche Behandlung solcher Tagesfragen steht zur Beurteilung. In ihr sollten die Maßgebenden von heute doch schon einige Erfahrungen gesammelt haben, deren Niederschlag getragen werden muß, obwohl die Verführung zum Reden heute noch ungleich härter wirkt als je zuvor. Aber die alte Weisheit, das Reden nur Silber, Schweigen dagegen Gold ist, gilt nach wie vor der Revolution. Jeder sollte besonders denjenigen Männern sich immer wieder erinnern, die sich auf ihren eigenen Verstand als Staatsmänner nur in der Redezeit unserer Parlamente vorüberlassen haben.

Dr. Sy.

Waffnung. Die Volkswirtschaft in einer neuen bolschewistischen Verfassung auf die Zeit gekommen. Zu Weltmächten sollten an eine große Anzahl von Senatoren und Staatsmännern Beate mit Demen genannt werden, um jene zu zurechnen.

Die Sowjets am Ende.

Friedensverhandlungen mit Denikin und Koltchak. Der in Kopenhagen eingetroffene Vertreter der russischen Sowjet-Regierung, Witkowski, ist Überbringer einer wichtigen Vorladung Denikins. Die kommunistische Zentral-Kommission in Moskau hat beschlossen, die politische Macht an die vereinigten sozialistischen Parteien abzugeben. Eine neue verfassunggebende Versammlung wird zum 10. Dezember einberufen. Die Wahlordnung, die Zustimmung der Kandidaten um, sind bereits im Gange. Die gemäßigten Sozialisten, die sogenannten Menschewitsch, sollen in die Regierung eintreten. Die russische Presse beschäftigt sich bereits mit der neuen Regierung. Alle außerordentlichen Kommissionen der bisherigen Regierung werden aufgehoben. Mit Denikin und Koltchak sollen bereits Friedensverhandlungen im Gange sein. Witkowski wird demnach mit dem englischen Regierungsveterinär Dr. Graw eine Zusammenkunft Friedensvorschlüsse zur Sprache kommen werden, worauf es dann Aufgabe der beiden Vertreter sein wird, sich mit ihren Regierungen in Verbindung zu setzen und weitere Weisungen einzuholen.

Drohung mit Beschließung Nemels.

Einbruch Deutschlands in Paris. Der französische General Nibel, der Leiter der Militärkommission, hat an den deutschen Admiral Goppmann ein Schreiben gerichtet, in dem er von Drohungen Mitteilung macht, die Teile von Vermont-Truppen gegen die in Nemel stationierten alliierten Offiziere ausgesendet haben sollen. Da auch sollen sich diese auf die vor Nemel liegenden Eisenbahnen zu bewegen haben. In seinen Mitteilungen droht General Nibel im Falle ernstlicher Zwischenfälle, das Feuer auf die Stadt von den Schützern zu eröffnen. Admiral Goppmann hat hierauf General Nibel geantwortet, daß er gegen derartige Drohungen, deren Durchföhren im Falle eines Wiederbruchs zum Waffenstillstand und zu den Zerlegungen des Völkerbundes führen würde, protestieren müsse, und ihn ersucht, sich auf die der Zentral-Kommission zugewandene Anerkennung der Wahrung des Völkers auf zu beschränken und die Aufrechterhaltung der Ordnung auf deutschem Boden den deutschen Behörden zu überlassen. Die erforderlichen Maßnahmen, um Ordnung in Nemel herzustellen, sind gegeben. General Nibel ist wiederholt davon in Kenntnis gesetzt worden, daß bei Rückkehr der ausfälligen Truppe sich Zwischenfälle ereignen können.

Auch hat die Reichsregierung, wie aus Berlin gemeldet wird, sofort beim Obersten Rat in Paris entsprechende Einpruch gegen diese Drohungen erhoben.

Rein Streikrecht der Beamten.

Maßnahmen gegen die Beamten-Verelendung. Auf der in Berlin abgehaltenen Tagung des deutschen Beamten-Wirtschaftsbundes hielt der Reichsminister des Innern, Dr. Koch, eine vielbeachtete Rede, in der er u. a. ausföhrt:

Man habe der Beamtenschaft den Vorwurf gemacht, daß sie nach der Revolution auf ihrem Posten geblieben sei. Gerade das Gegenteil verdienten sie, gerade das muß ihnen gesagt werden, daß sie trotz der Revolution weitergearbeitet hätten, dem dadurch die Katastrophe vermieden worden. Deshalb aber auch werde die Regierung nicht zögern, der Beamtenschaft das zu geben, was ihr gebühre. Aber alten Rechte dürften nicht verlegt werden und zu den alten wurden neue kommen müssen. Katastrophopolitik allerdings dürften die Beamten nicht treiben. Ein Streikrecht wie bei den Arbeitern könne es bei der deutschen Beamtenschaft nicht geben. Bestände für sie auch nicht die Unterordnung, die bei der früheren Regierung herrschte, so müsse die neue Ordnung doch auf Einigkeit, Verständnis und Verantwortlichkeitsgefühl ausgeht sein. Es gäbe Dinge, die nur von oben geleitet werden könnten, ebenso wie der Leiter sich unterstützen lassen müsse, wie das Haderwerk arbeite, das das G. z. zusammenhalte. Die Regierung sei bemüht, der Verelendung der Beamtenschaft vorzubeugen, sie wüßte die Wohnungsfrage energisch zu bearbeiten und hoffe eine gute Lösung zu finden.

Polnische Rundschau.

Deutsches Reich.

Steuer-Generalparade. Der Nationalparlament ist — in Übereinstimmung mit der Regierung und der Mehrheit — ein Antrag Limbom und Genossen betreffend Steuerabschätzung angenommen. Nach die ein Entwurf soll der e. h. der vor dem Inkraft treten der Reichs-Verordnung Vermögen oder Einkommen nicht angegeben hat, das zu ei re des „Landes“ oder „Gemeindeverwalter“ hat veranlaßt werden müssen, von der Schafe und der Verpflichtung zu Nachzahlung der Steuer freibleiben, wenn er aus einem Vertriebe, pflaster's bei der ersten Steuer-Veranlagung nach dem Inkraft treten der Reichs-Verordnung sein Vermögen oder sein Einkommen pflichtgemäß richtig angibt. Von dem nicht berücksichtigten Vermögen soll an Stelle der Kriegsabgabe der sechste Teil des zu wenig veranlagten Verbeitrages erhoben werden. Nach dem § 2 des Entwurfs sollen die schwersten

Vermögensnachteile für diejenigen eintreten, der nach dem Inkrafttreten der Reichs-Verordnung bei der Veranlagung der Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs und zum Reichsnotopfer der Steuerbehörde Vermögenswerte pflichtwidrig nicht angibt.

Reparaturverträge für die Entente. Im englischen Unterhaus wurde auf Anfrage offiziell mitgeteilt, daß die Anzahl der deutschen Zantische in Süd- und Mittelamerika 44 betrage und daß diese Schiffe mit geringen Ausnahmen zu reparaturbedürftig seien, daß sie während des Waffenstillstandes ummäßig gebraucht werden könnten. Man habe sich deshalb entschlossen, daß diese Schiffe nach deutschen Säen gelehrt und dort kostenlos durch die Deutschen wiederbegeleitet würden. Wenn die Reparaturen erledigt seien, sollten diese Schiffe den Alliierten als vollwertige Fahrzeuge ausgeliefert werden. Diese Regelung wurde durch die Schadenersatz-Kommission getroffen.

Eine Schandale. „La Presse de Paris“ vom 29. November veröffentlicht eine Nachricht aus London, monach 1600 deutsche Kriegsgefangene von Campa Flow, die in einem militärischen Lager untergebracht seien, in den letzten Tagen revolziert und sich geweigert hätten, gewisse Arbeiten zu verrichten. Die strengsten disziplinarischen Maßnahmen seien sofort ergriffen worden. Drei Tage vollständiger Diät hätten sie zur Vermittlung gebracht, ausgehungert und vor Durst herbeigekühten sie ihre Arbeit wieder aufgenommen, und alles sei nunmehr wieder in Ordnung!!!

Eine bayerische Königsparade ist in München gegründet worden mit dem Programm: Volks-Königstum auf gesetzgebenden Körperlichkeiten, zwei Kammern, von denen die Erste Kammer die ständische Vertretung ist, Referendum des Königs gegen einmalige parlamentarische Reichswahl, freie Kirche im freien Staat, freie Schule usw. Die Partei ist namentlich in Unterfranken, Oberbayern, links der Donau und nördlich von München, zwischen Regensburg und Nürnberg, in Schwaben weniger. Zahlreiche Organisationen haben ihren Beitritt bereits erklärt oder ausgenutzt. Die Königsparade wird vor allem von Kleinbürgern, Bauern und auch einem Teil der Arbeiterklasse sowie der jüngeren Beamtenschaft unterstützt. Hofadel, Adel, Intelligenz und die ältere Beamtenschaft haben sich bisher noch abwartend verhalten.

Auf dem Parteitag der Unabhängigen in Leipzig wurde mitgeteilt, daß die Mitgliederzahl von 300 000 im März 1919 auf 750 000 im November gestiegen sei. Dittmann schloß dann die Kämpfe der letzten Monate. Ganz gleich, wie die Partei zu den einzelnen Aktionen ste, sie habe stets die Pflicht, die Sache der Revolution zu verteidigen.

Die Frage der Kabinettsorder. Die Schützengilde zu Döbeln in der Neumark hat eine merkwürdige Klage gegen den Staat eingeleitet. Sie verlangt die Zahlung einer Summe für den Schützengilde und fügt sich dabei auf eine Kabinettsorder vom 19. April 1774. Der mehrheitssozialistische Abgeordnete Bräuner hat auf diesen Vorgang hin folgende kleine Anfrage an die preussische Regierung gerichtet: „An die Staatsregierung bereit, in die Prüfung aller Kabinettsorder's einzutreten, um dieselben aufzuheben?“

Erneute Angriffe der Letzen. Die deutsche Legion ist im Abtransport von Schaulen. Die Eiserne Division ist an der Bahn Rurichow-Wiesbnie verarmelt. Das Detachement Wlehm ist abtransportiert. Die russischen Korps wurden östlich von Muraewo von den Letzen angegriffen und zogen sich auf Muraewo zurück. Entente-Datere verurteilen die Letzen von weiteren Angriffen abzuhalten. Bis zum 30. November haben die Grenze überschritten 5600 Militärpersonen und 2000 Flüchtlinge.

Die preussische Landesversammlung nahm in ihrer Montagssitzung den Antrag Seemann (Soz.) auf Kommunalisierung der Charlottenburger Wasserwerke an gegen die Stimmen der Deutschnationalen und einem Teil der Deutschen Volkspartei. Ein Antrag Wolff Hoffmann (U. Soz.) auf Kommunalisierung der Rins wurde einem Einspruch überwiesen. Es folgte die Verprechung des kommunalen Antrages auf Aufhebung der Bundeszwangswirtschaft.

Der „Druck auf die Regierung“. „La Presse de Paris“ veröffentlicht folgende Notiz: „Man weiß, daß zwei Notizen von der deutschen Regierung an die Friedenskonferenz geschickt worden sind. Die eine behandelte die Gefangenfrage, die andere die Campa Flow-Angelegenheit. In der zweiten verurteilte die deutsche Regierung sich der Verantwortung zu entziehen, indem sie behauptete, daß die Beförderung der Flotte ihr nicht zur Last gelegt werden könne. Diese Behauptung hatte sie ja schon früher aufgestellt. Nach Informationen, die wir aus Berlin erhalten, lautet dort ein Reiterment gegenüberstehe, zum mindesten bei den Demokraten und Mehrheitssozialisten. Beide Parteien seien der Ansicht, daß sich das Kabinett in seinen Notizen zu unversöhnlich gezeigt habe, und üben einen Druck auf die Regierung aus, damit sie ihre Haltung erkläre. Daraus wird von ausföhrender Stelle in Berlin ertört, daß von einem Reiterment ebensoviele wie von einem Druck der genannten Parteien auf die Regierung in dieser Angelegenheit etwas bekannt ist.“

* **Uneinigkeit im Entente-Lager.** Lord George teilte im Unterhaus mit, daß der Tag des Austausches der Ratifikationsurkunden noch immer nicht feststehe. Dies sei auf die Schwierigkeiten zurückzuführen, die sich bei Behandlung der Verteilungsfrage des Okkupationsgebiets mit Deutschland ergeben.

x Der Bundesrat für die Kriegsgefangenen. Der Schweizer Bundesrat hat an die Regierungen der am Krieg beteiligten Staaten einen Aufruf ausgesandt aller noch nicht entlassenen Kriegsgefangenen gerichtet, in dem es u. a. heisst: Es ist ein tief betäubend er Gedanke, dass ein Jahr nach Abschluss des Waffenstillstandes Hunderttausende von Gefangenen weiterhin in Ungewissheit und Qual den Augenblick ihrer Erlösung ermarren. In Berücksichtigung der laut betäubenden Gefühle der Parlamente und des Schweizer Volkes, getreu den humanitären Bestimmungen, welche den Bundesrat stets gegenüber allen Kriegsgefangenen geleitet haben, glaubt er, bei Anbruch des Winters noch einmal die hochwürdigste Aufmerksamkeit der verschiedenen Regierungen auf die traurige Lage der noch nicht befreiten Gefangenen lenken und an sie die insdiesige Bitte richten zu müssen, alles zu tun, was in ihrer Macht steht, um endlich den allzu langen seelischen und körperlichen Leiden dieser Kriegsopfer ein Ziel zu setzen.

* **Nurchbare Kämpfe bei Narva.** Die Kämpfe bei Narva haben eine nurchbare Ausdehnung gewonnen. Die Bolschewiki wurden von mit Maschinengewehren bewaffneten Matrosen gegen die Estländer getrieben, die auf ganz kurze Entfernung ein vernichtendes Feuer gegen die Bolschewiki eröffnen. Viele wollten zurückfliehen, worauf die Matrosen ein wahres Blutbad unter ihnen richteten.

✶ Das Operationsheer gegen Mexiko. General Porfirio hat den Auftrag erhalten, sich an die mexicanische Grenze zu begeben, um die amerikanischen Truppen zu beschütigen. Die amerikanischen Kräfte, die an der mexicanischen Grenze verteilt seien, umfassen hunderttausend Mann. Hinsichtlich der Staatsverträge für den Krieg erklärt, um in Mexiko Ruhe und Ordnung herzustellen, gebrauche man drei Jahre und vierhunderttausend Mann.

Berlin. Mit Rücksicht auf die zwischen der preussischen und der Reichsregierung schwebenden Erörterungen über die künftige Festsetzung des Titelmans auf Grund des Artikels 109 der Reichsverfassung ist die weitere Verleihung des Professortitels einstweilen eingestellt worden.

Paris. Nach Meldungen aus Madrid hat die Bank von Spanien Frankreich einen neuen Handelskredit von 15 Millionen Pesetas bewilligt. Dieser Kredit soll hauptsächlich zum Einkauf von Weizen bestimmt sein.

Christiania. Das norwegische Storting beschloß mit 92 gegen 84 Stimmen die Einführung des Verhältnisswahlsystems sowie die Erhöhung der Zahl der Stortingmitglieder von 126 auf 150.

Paris. In politischen Kreisen ist man fest davon überzeugt, daß Clemenceau Deutschland gegenüber keine Nachsicht zeigen werde. In einer neuen Note an Deutschland wird die restlose Erfüllung der Waffenstillstandsbedingungen bis Ende Dezember gefordert. Andernfalls soll Gewalt gegen Deutschland angewandt werden.

Paris. In Straßburg erhalten bei 36 Ethen die Sozialisten 17, die Radikalen 4, der nationale Vlod 15. Die Wahl von Behretes zum Bürgermeister ist nicht gesichert. In Colmar ist die ganze sozialistische Liste durchgebrunnen. In Brülbaufen find 18 Sozialisten und 18 der republikanischen Gruppe gewählt. In Weß find von den 32 Ethen 27 dem republikanischen Bunde zugefallen. Für vier Ethe findet eine zweite Wahl statt.

Berlin. Der allgemeine Telegrammverkehr mit Japan ist wieder aufgenommen worden. Wortgebühr vom 1. Dezember ab 12 Mark 65 Pfennig.

Belgrad. Die italienische Regierung hat die südslawische Regierung verständigt, daß sie entsprechend den Weisungen der Friedenskonferenz den Vorrath d'Annunzio's gegen Spalato verhindern wolle.

unabhängigen Quellen bereits durchgeführte Nachforschungen, daß während der deutschen Regierung um die dort belagerten Bevölkerung ein Abkommen über die in Belgien vorhandenen belandeten Marokkanen geschlossen worden ist, wird von der niederster Stelle bestätigt. Es handelt sich um den Betrag von 6,1 Milliarden Mark, der sich seit der Besetzung Belgiens durch unsere Truppen in Belgien befinden, dort laut Verordnung des Generalgouverneurs vom 2. Oktober 1914 zum Zwangsausfuhr von 1 Mark gleich 25 Franc artikulieren und von der belgischen Regierung nach der Räumung des Landes durch uns aus dem Verkehr gezogen worden sind. Diese Summe ist zum Zweck der Zahlung in vierzig halbjährigen Raten von uns durch die Ausgabe von Schatzbons zu einsenden, die die Belgier in der Summe zu Kreditoperatoren einlegen werden. Die Saluttanziffern und die Zinsen sind in weiteren zehn Jahren abzuschreiben zu zahlen, wobei natürlich die Zahlungsfrist in neue Formen münden.

Stimmung erliefen folgende Bekanntmachung: Die Vermählung der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter eines Teiles bei Siegelbiel wurde durch das Eindringen dreier Hundert linksabstraher Mitglieder unserer Belegschaft gestört. Dabei kam es von unserer Seite zu den größten Gewalttätigkeiten, daß wir mit der Fortsetzung von diesen Elementen einfachen Streites auf unserer

Wert rechnen müssen, verbunden mit schweren Beschädigungen unserer Betriebsrichtungen und Gefährdung der Sicherheit unseres Personals. Da unter allen Umständen von einer gezielten Arbeit keine Rede sein kann, sehen wir uns zu unserem größten Bedauern gezwungen, das Wert so lange geschlossen zu halten, bis die Wiederkehr geordneter Zustände gesichert ist. Wir sprechen hiermit die Entlassung unserer gesamten Arbeiterschaft aus.

ein Waren-Einfuhrsgesellschaft gegrundet, deren Zweck ist, möglichst viele Waren aus Deutschland nach Holland zu überführen. Die Gesellschaft hat mehrere hundert Leute, die den deutschen Sprache mächtig sind, angelangt und nach Deutschland zum Einfuhr geschickt. Sie laufen auf, was nicht mehr und nageheißt ist. In Nordwestdeutschland sind die Hauptplätze dieser Einfuhrer Hannover, Bremen, Hamburg, Bremen etc. Die Leute wohnen in den ersten Hotels und leben wie einst die Fürsten. Wer nicht mit eigenen Augen gesehen hat, was sie alles kaufen, der wird es nicht glauben. Alle kleinen Bälle werden abgekauft und kein Goldarbeiterladen, kein Juwelenhändler bleibt verschont, selbst die Uhrmacher werden heimgesucht.

Westerfede, den 3. Dezember 1919.

— r Die Zeichnungsfrist für die Sparprämienanleihe ist bis zum 10. Dezember verlängert worden.

— 6 Unserer hiesigen Polizei ist es geknert gelungen, abermals einen Hamsterer abzufassen. Derselbe hatte einen Schinken von ca. 16 Pfund und ca. 10 Pfund Butter einge handelt. Die betr. Sachen sollten nach Wilhelmshaven gebracht werden.

— □ In der gestern abend im Henten'schen Gasthofe hier abgehaltene Ausschüttung der hiesigen Allgemeinen Christenankasse wurde beschlossen, die Familienhilfe vom 1. Januar 1920 an auch auf die Kinder der Versicherten auszudehnen. Es sind dafür statt bisher 20 Pfg. 50 Pfg. wöchentlich zu entrichten. Wegen der sehr gestiegenen und noch immer steigenden Kosten für die Krankenbehandlung und Pflege muß vom 1. Januar 1920 an der Beitrag erhöht werden und zwar ist derselbe auf wöchentlich 6 Prozent (bisher 4½ Prozent) des Grundlohnes festgesetzt worden. — Dem Rechnungsführer wurde eine einmalige Beschaffungseinstelle von 500 Mark und vom 1. Januar 1919 an zu den bisher bewilligten 50 Prozent eine weitere Steuerungszulage von 25 Prozent des Grundgebhalts bemittelt.

— Im Bahnverkehr sind bis auf weiteres einige Erleichterungen geschaffen, indem folgende nur an Werttagen verkehrende Eilgüterzüge, auch für die Personenbeförderung unter den angegebenen Bedingungen freigegeben worden sind.

1) Eilgüterzug Nr. 6031,	ab Leer	11,—	Uhr vorm.
	" Augustfehn	11,54	" "
	" Apen	12,08	" nachm.
	" Döhlst	12,35	" "
	" Zwischenahn	1,11	" "
	an Oldenburg	1,40	" "

Auf der Strecke Leer—Ocholt ist die Benutzung dieses Güterzuges Nr. 6031 nur gegen Lösung von Fahrkarten 2. Klasse und 3 Mark Zuschlag gestattet, jedoch auf der Strecke Ocholt—Oldenburg ohne weiteres gegen Lösung von Fahrkarten 3. Klasse ohne Zuschlag.

2) Eilgüterzug Nr. 6033,	ab Leer	6,10 Uhr nachm.
	„ Augustfehn	7,06 „ „
	„ Apen	7,20 „ „
	„ Ochoit	8,05 „ „
	„ Zwischenahn	8,38 „ „

	an Oldenburg	9,08	"
2) Eilgüterzug Nr. 6034,	ab Oldenburg	3,40	Uhr nachm.
	" Zwischenahn	4,10	" "
	" Oelalt *)	4,27	" "

"	Alpen	4,39	"	"
"	Augustsehn	4,48	"	"
"	Beer	5,25	"	"

Zur Benutzung ist ebenfalls die Lösung von Fahrkarten 2. Klasse und 3 Mark Zuschlag erforderlich.
Auf der Strecke Zwischenenchen-Muenchehn haben Zeit

arten (ohne Zuschlag) Gültigkeit und Sonnabends und am Werktage vor einem Festtage darf der Zug auf der ganzen Strecke mit Arbeiterrückfahrkarten benutzt werden.

*) Der Eilgüterzug Nr. 6034, der 3,40 Uhr nachm. aus Oldenburg abfährt und in Ochoft 4,27 nachm. eintrifft, hat Anschluß nach Weisterede.

—* Kein Personenzugverkehr an Sonntagen. Dem Handels- und Gewerbeverein in Jever ging auf ein lichtebezügliches Schreiben an die Eisenbahndirektion Oldenburg eine Antwort zu, in der es u. a. heißt: Ihrem Antrage, an den 3 letzten Sonntagen vor Weichachten Personenzüge einzulegen, kann nicht entsprochen werden, da die Kohlennot weiter zu größten Einschränkungen des Personenzugverkehrs zwingt. Es wird gütlich erwogen, ob wenigstens am letzten Sonntage vor Weichachten (dem 21. 12.) Personenzüge gefahren werden können; ob dies möglich ist, wird namentlich vom Stande der Kohlenversorgung abhängen.

□ Vermehrte Aufmerksamkeit auf Eisenbahndiebstahl

auf allen Eisenbahnen angewendet werden. Die Erzeugnisse der preisbildenden Staatsbahnen für verarbeitende, verdobernde und beladende Gegenstände haben im Jahre 1918 nicht weniger als 160 Millionen Mark erzielt. Zum erheblichen Teile kommt dieser Verlauf auf den Eisenbahnverfrachten. Die Diebstehlen, Veruntreinungen, Beschädigungen und sonstigen Verletzungen der öffentlichen Interessen sind in einem erheblichen Ausmaßem. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat deshalb die Eisenbahndirektionen von neuem angewiesen, den unerbittlichen Kämpfen ohne Rücksicht auf Kosten, die der Betrieb anderer Art entgegenzutreten. Es sind dafür eine Reihe von einzelnen Maßnahmen angeordnet. Die Befähigung der Eisenbahnbediensteten, der Schieberen und Bedrohungen sowie die Bearbeitung der gesamten Abfertigung von Gütern und Gepäck ist einem besonderen Decretum als Hauptaufgabe zu übertragen.

— O Halsstrup. Narns geist d'r dat woll so bunt
her as in us litte Dörp. Nu is d'r wohtastig dat
Electrisch bold all old Wart wurr'n. Un jülst Jan
Wasbeen, de alstied gegen all dat neemodde Tug
wår, hatt korn't „Anschluß“ frågen. — „Man will d'r
of nich so ganz aertertoebleiben mit de Mode?“ herr Lena,
wat Jan sien Oss! un dorbi noch „n ganz hannig Flø-

un sint Fromisch wär, to ehr Naberische leggt. — So ganz licht is ähr dat nu jo nicht wu'r'n, eh'n Keer för de nee Beleuchtung rümtöftrien, man he harr doch to goderles ja seggen möß, wiewel dat is dat nu mal jo muß. — Un dat gung nu so to: Klot ver pierde de risße Vena eh'n Keer all an: „Toe, Jan, maß Dich, wi möt d'r nödig rut. San, de jüst in diß'n Dogenblid van sien Lewistes, wat he buten Vena noch up Ge'n harr, van sien möt fett Swien, drömde, dreide blot sien breet Achterdele na Vena henn un jornde wieder. Dat gungde eh'r abers denn doch to wiet. Se södde iim mit eh'r ipiß'e Elbhogen jo nadrücklich in de Sted, dat he man lo ümhoß kag. „Rann's du dien Büß, denn nich in'n Döörren äß'n. Dänsch, dat du dich so jorndest.“

„Jünnen doer't Geest tröden“, binnme he en fwaide mit sien Kopp an de böörste Wand van 'n Altkom.
 Man Lena lamenteerde nu anders los: „Alls kummt man blot van dien ool'n Diebstopp, du gräffte Herr'n wie blot so as Sinner! Steeben Elektrisch frägen, denn so wät nu aners lamen. — Go gung dat nu Dag dor Dag, toeleh mößde Jan't toegäden. De elektrischen Keerls lamen in't Hus, un de Sat wär bold farr. In ne Dörns wär ne bannige Selligheit. Sülvst Jan wär nu an en ersten Abend toetrenn, un sien Disch gleide vör luter Pläßer. Trod negen wull Jan nu nan Bett gan. Lena läg all glidtrahend in epr dick Federbett, man he

doosjes noch de Lamp uitmaken. Dat wäier för üm nu
 aber en sturt Eißk Arbeit. „Lena, jäer he en fleide
 ied achter de Ohren, „an is nu't Licht, wief dat de
 Keertl dat most hebbt, man so lant wi d'r weller van
 wo?“ „Ja, mien goede Jan, wo schall ich dat nu
 weeten.“ — Us' goede Gründ fung nu an toe dreih'n
 un toe pugen, man de Lamp wull un wull nich utgahn.
 Dan hart wiesbeß al'n ganz blauroden Ropp van dat
 Schimpun un Prüstern fragen un jäg al ut at so'n
 oiden Büster. Lena tonn sid bi dissen agrigen Anblid
 nich mehr hull'n un laghe lufthals los. Dat wurz Jan
 nu abers doch'n böten to väl. „Ich will dich doch
 wieseln“, jäer he, nehm denn Strüßbessen ut de Eck un
 — „D Mann, wat deist du so“, freischde Lena, — do
 hart ähr Keertl all de ganze nee Lamp twei haut. —
 „Nunnen Wend jäten se all wesser bi ehr litze Petroleum-
 licht. — Ja, wat de wesen jänt!

—**Westerloh.** Vor etwa 14 Tagen sind dem Landwirt G. Hanken hier von seiner hier belegenem Weide für mehrere 100 Mark Weidenruten gestohlen worden. Von den Tätern fehlt bislang jede Spur.

— [] **Bad Zwischenahn.** Mit dem Beginn des neuen Jahres treten für die Landfrankencasse völlig veränderte Satzungen in Kraft. Es gibt neue Lohnklassen und neue Beitragssätze. Die Beiträge gelten nicht mehr nach Altersjahren und Geschlecht, sondern nach dem wirklichen Arbeitsverdienst. Dadurch werden ganz neue Listen erforderlich. Um den Arbeitgebern es bequem zu machen, wird der Vote in den nächsten Tagen und Wochen gelegentlich der Einholung der Beiträge auch die einzelnen Lohnsätze notieren. Man wird ihm dafür eine kleine Gebühr einhängen.

—1) Apen. Ein ziemlich gefährlicher Vorfall trug sich heute in unserem Orte zu. Das Pferd des Kaufmanns Weyer scheute so plötzlich, daß der Wagen, auf dem Waren von der Bahn geholt worden waren, umstürzte. Das Tier, das sich losgerissen hatte, raste dann in wildem Galopp durch den Ort. Glücklicherweise hat sich alles ohne weitere Unfälle zugetragen. Herr Weyer, der vom Wagen geschleudert wurde, kam ohne Verletzungen davon.

—b) **Musikfehn**, 1. Dez. Der hiesige Turnverein „Vorwärts“ hielt gestern im Vereinslokale bei Herrn Gastwirt Willems hier einen Gesellschaftabend mit nachfolgendem Ball ab. Die turnerischen Darbietungen wiesen recht gute Leistungen auf. Sie wurden wie die theatralischen Aufführungen mit Beifall aufgenommen. Ein toller Ball schloß die Fete. Er hielt die Gäste recht lange in schöner Stimmung zusammen, zu letzterer trugen sie guten Speisen und Getränke nicht zum wenigsten bei. Als Feste war sehr gut besetzt.

— Herr Gastwirt Briggemann, der neue Besitzer des „Augustfeiner Hof“, veranstaltete gestern einen Empfangsball in seinem neu ausgestatteten und geschmückten Saale. Die Musik stellte die Augustfeiner Kriegervereinskapelle. Die Teilnahme am Ball war sehr reger. Die Musikanten und der Keller des Wirtes ließen nichts zu wünschen übrig.

—(o) **Ut Offresland**. Dat was een iware Nacht; de
sind, be al langere Tied ut Sidsweeten weijt har, was na Noor-
sien gahn un drees dat Water dör alle Arieien un Sielen tegen
den Dief. In de Xoegeen har'te geerijt lapan; achter de Dief
'n feulde, dat man mit, aber be de Diefstrichter un eenige
hüm, be wussten, wat d' den oedung, wassen buten weel, wenen
den Dief, in Delesdor, Sidsweeter un Kumpflesse, un, hopen
sien wull, alle upwieder, un dat Land, hör Sus un Wast toe-
dedigen tegen den blanke Hans. As de Tide d' heer was,
wede be Wind ov un de Gejahr was wör, wörloip. Dar mut
ut dan wör'n, ja de Diefstrichter, un de Nachtwachter gung Sus
Hus. As jull d' Rumpelmen doen van den Diefstrichter un als,
d' n Buizen dragt un Arms un Been rögen fan, mag van-
den loen Begedung na den Kroeg kamen. Dar fall over de
prook mör'n. — Dat Junsook stamm neet, wat geiht un
de Dief en de Hertwegen kann de blanke Hans over d' Land
men. Geiht neet, to teap fall. Wo seggt de Diefmer?
dar mien Beene fied, but is mien Saderland. Wo seggt de
sien in Sus bleven: Oh, to gein fall weel weesen, de Dief-
strichter is en Bangebich, dat kann kein Jahr dären, hender lo
neet weertumt. So wassen d' neet vül un de här Anstichten.

Wehlau's Weihnachts-Ausstellung!

Größte Auswahl
— am Platze! —

Am Sonntag nachm. ist meine Dobermann-Hündin, 8 Monate alt, verschwunden. Ausfindig-geber oder Wiederbringer gute Belohnung. Vor Anlauf wird gewarnt. G. Heiten, Augustfehn.

Ein fortlaufend Abnehmer von guten

Ferkeln

von 6 Wochen an. Zahle gute Preise. Bitte um Angebots.

D. Schwenker, Zwischenahn.

Nordloh.

Habe zwei große Suchtschweine zu verkaufen.
Zoh. Delger.

Puppen

und Puppen-Artikel kaufen Sie am besten in

Wehlau's Weihnachtsausstellung.

Waschmaschinen

für Kraftbetrieb sind wieder am Lager.
Richard Müller.

Schwarze und farbige

Damen-Paletots

in großer Auswahl noch sehr preiswert.

Apen. J. S. Sebie

Herren-Stoffe

schwarz — blau — farbig
Paletot-Stoffe Hosen-Stoffe
Damen-Kostüm-Stoffe
Nur allerbeste Qualitäten.

M. Schulmann,

38 Achternstr. Oldenburg. Achternstr. 38

Kostümröcke, weiße Damenblusen in großer Auswahl :: neu eingetroffen ::
Apen. J. H. Tehje.

Die billige Reichsteife

ist eingetroffen.
Hermann Wehlau.

Moorburger Kuhhufe.

Sehung der Beiträge (1/2 %)
findet statt am 13. und 14. d. Mts. in Willers Gasthof.
Der Vorstand.

Serren- u. Damen-Fahrräder

feinste Friedensware mit la. deutschem oder :: Auslands-gummi :: sind in größter Auswahl vorrätig. Auch sind Auslands-Militärdecken, sowie Luftschläuche wieder am Lager.
Rich. Müller.

Sanzunterricht in Augustfehn

im Saale des Herrn Janßen. Eröffnung am Sonntag den 6. Dezember einen Tanz-Kursus für Erwachsene. Anfang abends 9 Uhr. Anmeldungen nimmt Herr Janßen entgegen.
G. Grotsch, Tanzlehrer

Klein-Scharrel.

Am Sonntag d. 7. d. M. Großer Ball, wozu freudl. einladet
Rud. Fried.

Riefen-Auswahl in Schuhwaren Apen. J. S. Sebie.

vom billigsten Arbeitsschuh bis zum feinsten Luxusstiefel zu sehr vorteilhaften Preisen bietet Ihnen

Feinste Briefpapiere garantiert schwerste, tintenfesteste Ware, für Damen für Herren

F. W. Broeker.

Am Sonntag den 7. d. M.: Großer Ball,

Anfang 5 Uhr, wozu freudlichst einladet
J. H. Buhr Ww.

Apen.

Im Saale des Herrn M. Dirks findet am Sonntag den 7. Dezember: Große wissenschaftl. Experimental-Vorstellung statt. — Indischer Zauber- und Alkionsaft, sowie die Lichtverwandlungen-Kunstlerin in wunderbaren Kostümen. — Anfang 8 Uhr. — Nachmittags 4 Uhr: Schüler-Vorstellung. — Es laden ein M. Dirks, Soudini.

Soziald. Wahlverein Westerstede

Deffentliche Volksversammlungen

am Sonabend den 6. Dezember, abends 5 Uhr, in Halsbe bei Grünjes, am Sonntag den 7. Dezember, nachmittags 3 Uhr, in Einswege bei Neemann, am Sonntag den 7. Dezember d. Js., abends 8 Uhr, in Westerstede im Eidenhof (Schweers)
Tagesordnung:
1. Sozialdemokratie und Landwirtschaft: Referent Landtagsabgeordneter Baumüller.
2. Freie Aussprache.
Zu diesen Versammlungen ladet ein
Der Vorstand des Soz. Wahlv. Westerstede.

Gelangverein »Eintracht« Augustfehn.

Am Sonntag den 7. Dezbr. im Saale des Herrn Willems:

Vortrags-Abend // Ball. //

mit nachfolgendem
— Eintritt 2 Mark. —
Kassenöffnung 6 Uhr. Anfang 6 1/2 Uhr.
Hierzu laden freudlichst ein
Der Vorstand. L. Willems.

Reis

traf soeben ein.
Heinr. Deeken.

Berein jung. Landwirte der Gemeinde Apen.

Am Sonabend den 6. d. M., abends 8,30 Uhr,

Bersammlung

im Vereinslokale (Schellkebes Gasthof).
Tagesordnung:
1) Nähere Besprechung über die Ballgesellschaft.
2) Hebung rückständiger Beiträge.
3) Aufnahme neuer Mitgl.
4) Verschiedenes.
Zweck wichtiger Beschlüsse ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder bringend erforderlich.
Der Vorstand.

Landw. Klub Manlie = Lindern.

Am Sonabend den 6. d. M., abends 6 Uhr,

Bersammlung

in Hammes Gasthof.
Tagesordnung:
1) Gründung eines Dorf-kundes betr.
2) Bestellung v. Kunstbühner
3) Verschiedenes.
Um das Erscheinen sämtl. Mitglieder wird gebeten. Ausbessende auch werden Damen, Nichtmitglieder und Dienstboten eingeladen.
Der Vorstand.

Krieger = Verein Nordloh = Tange.

Mitgl. = Bersamml. am Freitag den 5. ds. Mts., abends 7 1/2 Uhr,

bei Carstens in Nordloh. Tagesordnung wird in der Bersamml. bekannt gegeben. Anschließend gemütliches Beisammeln. Um recht zahlreiche Beteiligung bittet
der Vorstand.

Kriegerverein Dohlt-Lorsholt-Manlie

Bersammlung

am Sonntag den 7. Dezbr., nachm. 5 Uhr, beim Kamerad. Hobbiesjanßen in Lorsholt.

Tagesordnung:
1) Bericht vom Vertretertag, 2) Hebung der Beiträge, 3) Ball betr., 4) Verschiedenes.
Der Vorstand.

Kriegsbeschäd. = Verein Westerstede.

Bersammlung

am Sonntag den 7. Dezbr., nachm. 4 Uhr, im Vereinslokale (Henken's Gasthof).
Sämtliche Kameraden werden dringend gebeten, an der Bersammlung teilzunehmen.
Der Vorstand.

Rostrup.

Sonntag den 7. Dez.: Ball.

Es ladet freudl. ein
H. Grambart.

Berlören

auf der Straße Moorburg Westerstede ein Portemonnaie mit Inhalt. Der christliche Finder wird gebeten, dasselbe bei S. Weenen hier, gegen Belohnung abzuliefern.

Spohle Spohle

Sonntag den 7. Dez.

: Abtanz :

für Erwachsene mit nachfolgendem

Ball.

Anfang 6 Uhr. Eintritt: Damen 1 M., Herren 2 M.
Hierzu ladet freudl. ein
C. Wejnens, G. Hemmen.

Jeddeloh I.

Am 2. Weihnachtstage:

Grosser Ball,

Anfang 6 Uhr, wozu freudl. einladet
Heinr. Kreye.

Gelang = Verein

»Frisch auf«, Halsbek.

Am Freitag den 12. Dezbr.

Sänger - Ball,

Anfang 7 Uhr. Hierzu laden freudl. ein
der Vorstand.
W. Grünjes.

Alloothieher = Verein Gidogeorgsehn.

Sonntag den 7. Dezbr. im Decker'schen Saale in

Hollen:

Geschlossener Ball

— Anfang 6 Uhr. —
Es ladet freudl. ein
der Vorstand.

Die Verlobung ihrer Tochter Hermine mit Herrn Hermann Schwengels in Westerstede beehrt sich anzugeben

Frau J. Jacobs Bw. Johanne geb. Emte. Emden, im Dezember 1919.

Meine Verlobung mit Fräulein Hermine Jacobs in Emden beehrt ich mich ergebenst anzugeben
Herm. Schwengels. Westerstede, im Dezember 1919.

Die Geburt einer kräftigen Tochter
Barel, 2. Dezbr. 1919.
Hermann Hartmann und Frau, Helene geb. Herdes.

Statt Karten!
Ihre Verlobung beehren sich anzugeben
Anny Janßen Friedrich Krumbach Dohlt, Hordel, Str. Bodum 3. Dezember 1919.

Garnholterdamm.

Am Dienstag den 2. Dezember entschlief nach kurzer Krankheit meine liebe Frau und meiner kleinen Kinder liebevolle, treuherzige Mutter
Anna Bögel geb. Hullmann im Alter von 28 Jahren.
In tiefer Trauer
D. Bögel und Kinder, Familie G. Hullmann, Garnholterdamm, Familie Fr. Sanders, Petersfeld.

Die Beerdigung findet am Sonabend den 6. Dezember, nachm. 2 Uhr, vom Krankenhaus Westerstede aus statt.

Wehlau's Weihnachts-Ausstellung!

Größte Auswahl
— am Platze! —

Jeddeloh 2.

Dankagung!
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme beim Hinscheiden unserer lieben Tochter sagen wir allen, die den Sarg mit Kränzen schmückten und ihr das letzte Geleit gaben, besonders Herrn Pastor Janßen, für die trotzigen Worte am Sarge der Entschlafenen unsern herzlichsten Dank.
Hermann Wejnens und Familie.

Tange,

2. Dezbr. 1919.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme beim Ableben unseres geliebten Entschlafenen sagen wir unsern herzlichsten Dank.
Ww. A. Wejnens nebst Angehörigen.

Die Geburt einer kräftigen Tochter

Barel, 2. Dezbr. 1919.
Hermann Hartmann und Frau, Helene geb. Herdes.

Statt Karten!

Ihre Verlobung beehren sich anzugeben
Anny Janßen Friedrich Krumbach Dohlt, Hordel, Str. Bodum 3. Dezember 1919.

Meine Verlobung mit Fräulein Hermine Jacobs in Emden beehrt ich mich ergebenst anzugeben
Herm. Schwengels. Westerstede, im Dezember 1919.

Die Geburt einer kräftigen Tochter
Barel, 2. Dezbr. 1919.
Hermann Hartmann und Frau, Helene geb. Herdes.

Statt Karten!
Ihre Verlobung beehren sich anzugeben
Anny Janßen Friedrich Krumbach Dohlt, Hordel, Str. Bodum 3. Dezember 1919.

Meine Verlobung mit Fräulein Hermine Jacobs in Emden beehrt ich mich ergebenst anzugeben
Herm. Schwengels. Westerstede, im Dezember 1919.

Die Geburt einer kräftigen Tochter
Barel, 2. Dezbr. 1919.
Hermann Hartmann und Frau, Helene geb. Herdes.

Garnholterdamm.

Am Dienstag den 2. Dezember entschlief nach kurzer Krankheit meine liebe Frau und meiner kleinen Kinder liebevolle, treuherzige Mutter
Anna Bögel geb. Hullmann im Alter von 28 Jahren.
In tiefer Trauer
D. Bögel und Kinder, Familie G. Hullmann, Garnholterdamm, Familie Fr. Sanders, Petersfeld.

Die Beerdigung findet am Sonabend den 6. Dezember, nachm. 2 Uhr, vom Krankenhaus Westerstede aus statt.

Der Ammerländer

(Herausgeber Nr. 5.)

Preis fürs Vierteljahr durch die Post frei ins Haus bezogen 4,50 Mark, zum Abholen von der Post 3,60 Mark. Alle Postanfragen und Rundbriefträger nehmen Bestellungen entgegen. Anzeigengebühren für die einseitige Kleinzeile (oder deren Raum) für Auftraggeber aus dem Freistaat Oldenburg 30 Pfg., für außerhalb des Freistaats wohnende 35 Pfg. Reklamen kosten 1 Mark die Zeile. Anzeigen-Ausnahme bis 9 Uhr vormittags am jeweiligen Drucktag; größere Anzeigen werden am Tage vorher erbeten. Die die Rückgabe unverlangt eingekannter Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. — Jedes Anrecht auf Rabatt geht verloren, wenn Anzeigen-Gebühren durch gerichtliche Mitwirkung eingezogen werden müssen. — Druckvorschriften bei Aufgabe der Anzeigen werden nach Möglichkeit berücksichtigt, eine Gewähr für den verlangten Platz wird jedoch nicht übernommen.

Nr. 284.

Bestersiede, Freitag den 5. Dezember 1919.

59. Jahrgang.

Der Fall Raufsch.

Aus Berliner politischen Kreisen wird uns geschrieben: Alles muß heute, so scheint es, der Sensationslust, alles dem Parteien dienen. Seit Wochen und Monaten weilt die Welt, daß die deutsche Regierung eine Sammlung von Kriegsdokumenten vorbereitet, zu der Herr Raufsch, der wissenschaftliche Führer der Unabhängigen Sozialdemokratie, schon in den Wintermonaten der Reparatation, als er im Auswärtigen Amt als eine Art Unterstaatssekretär aus- und eingehen durfte, den Grund gelegt hatte. Ihm die Arbeit allein und ausschließlich zu überlassen, dagegen melbeten sich nach und nach so starke Bedenken an, daß man an ihnen nicht vorübergehen konnte. Deshalb wurden einige namhafte und zuverlässige deutsche Männer — Raufsch ist bekanntlich Liche von Geburt — zur Bewältigung dieser Aufgabe herangezogen, und sie stellten, in Verbindung mit Raufsch und unter Kontrolle durch ihn, drei dicke Bände zusammen, die jetzt noch der Weinachten das Licht der Welt erblicken sollen.

Wichtig kam jedoch aus London die Nachricht, daß die „Times“ — ausgerechnet die „Times“, das deutsch-feindlichste Blatt, das es auf Gottes weitem Erdenrund gibt — am 29. November mit der Veröffentlichung des Raufsch-Buches beginnen werde, und diese Ankündigung ist inzwischen Wahrheit geworden. Dieses Raufsch-Buch stellt nun aber nicht etwa einen Teil der amtlichen Veröffentlichung dar, sondern es ist ein Kommentar zu dieser aus der Feder des Mannes, der das ganze Material als erster zu sichten und zu sichten Gelegenheit hatte — und der nun bestrebt oder aullen, daß kein Kommentar — vom feindlichen Ausland her — früher über die Welt ausgeschüttet wurde als das Offiziermaterial selbst, das ihm auszureich lag. Natürlich hielten sich die Leute an der Thematik an, aber auf das Gausstück dieser neuen Sensation, die feindlichen Randschmähungen, die gerade so viel oder zu wenig beiseite wie Temperamentsausbrüche irgendeines beliebigen Ministres am Schreibtisch oder an der Frühstückstafel: sie sind feindliche Stimmungssymptome, die sich um so anormaler geben, je weniger sie heru sind, als irgendeine maßgebliche Amtshandlung bewertet zu werden. Soweit Herr Raufsch sich in das Gebiet der Tatsachen normierte, wie mit der schon tausendmal wiederholten Geschichte vom Potsdamer Kronrat, ist er sofort von der jetzigen Regierung trügig bekräftigt worden. Aber ihm kam es an, darauf an, die Bewertung des zu erwartenden neuen Offiziermaterials von vornherein in eine ganz bestimmte Richtung zu lenken — von geschäftlichen Rücksichten ganz zu schweigen, die von vielleicht anderen Leute eher gedacht haben, die man als seine Hintermänner bezeichnen darf. Engländer und Amerikaner, die sein Buch zur allerersten Veröffentlichung erworben haben, pflegen sich nicht lumpen zu lassen.

Der Skandal, den wir hier wieder einmal am eigenen Leibe durchmachen müssen, geht selbst den Reichstagssozialdemokraten über die Schutzhülle. Obwohl Herr Raufsch vor mir nach der Parteireinigung von ihnen sehr verehrt wird, ziehen sie in einer pa-tio-riden Korrespondenz gegen diese Art, mit dem deutschen Namen Schindler zu spielen, trügig vom Weber. Sie stellen fest, daß es mit Raufsch vereinbart war, es solle, um den Zweck der ganzen Veröffentlichung als einer wissenschaftlichen Quellenammlung nicht zu gefährden, grundsätzlich auf eine Verstärkung werden, was irgendeine nach einer materiellen Verteilung der Ereignisse hätte aussagen können. Deshalb sollte jede Einseitigkeit, jeder Kommentar unterbleiben. Was aber hat Herr Raufsch? Er hat es keine Einseitigkeit, keinen Kommentar — wohl aber ein ganzes Buch über die Ästen und Fleck es gegeben, daß seine einseitige, den Zusammenhang des ganzen Materials zerstörende, nur das Ungünstige, sensationell zu Merkende und die Schwermünze verdrängende Darstellung gleichzeitig mit der amtlichen Ausgabe erscheinen wird. Und nun ist die Darstellung sogar noch vorher in die Welt gegangen, leidet Endes unter allen Umständen durch Verstoß Schuld. „Nur die Eingeweihten“, sagt die mehrheitssozialistische Korrespondenz, „erlen, die die volle Schließung: Raufsch genießt internationalen wissenschaftlichen Ruf, seine „Kennenanweisung“ gilt als die endgültig maßgebende. Nun ist aber die seinen Namen tragende amtliche Sammlung so fern aller Tendenz angelegt, daß der mit der vorjährigen Verurteilung Raufsch in das Auswärtige Amt durch die Unabhängigen verfolgte Zweck der ausschließlichsten Darstellung Deutschlands mit der Kriegsschuld vertrieben wird. Deshalb mußte Raufsch ein Buch schreiben, nach dem die Ästen selbst an die Öffentlichkeit kommen, und alles ist vorbereit, um dieses Buch zu billigen Preise in einer Massenauflage unter das Volk zu bringen — und dadurch die amtliche Sammlung vollständig beiseite zu schieben. Das es unter Benutzung des Amtsgeheimnisses, in das ein Mann wie Raufsch in Deutschland eingeweiht werden sollte. Die Krönung dieses Vertrauensmißbrauches ist nun aus der Vorberauf seines Buches an das feindliche Ausland. Herr Raufsch protestiert öffentlich, daß seine Ästen in Unschuld, aber im stillen wird im politischen Klub des Herrn Callier ein Friedensfest gefeiert werden, wo sich zirkulärer Geistesgeist und unabhängige Überzeugungskraft harmonisch vereinigen.“

So steht das neueste Idyll aus Deutschland aus. Es erübrigt sich, auch nur ein Wort der Kritik hinzuzufügen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

* Der Fall des Obersten Reichard. Im Anschluß an eine als falsch gekennzeichnete Nachricht, daß Oberst Reichard nach Italien verlegt worden sei, wird von ausländischer Seite erklärt, daß durch den in den nächsten Tagen in vollster Öffentlichkeit stattfindenden Marsohprozeß klargestellt werden soll, ob oder wie weit dem Oberst Reichard, der, wie bekannt, vorerst beurlaubt ist, ein Verbleiben trüft. Erst dann wird eine Entscheidung getroffen werden können, ob gegen ihn eine Anklage zu erheben ist und welche sonstigen Maßnahmen anzuordnen sind.

* Wichtige Flucht. Britische Besatzer haben bei Kiel zwei Schiffe abgefangen und geleitet sie mit den deutschen Seefahrern an Bord in den Hafen von Dover. Man glaubt, daß sie den Plan hatten, in der Nacht aus Kiel zu entweichen und Südamerika zu erreichen. Aus meldet, daß die britische deutsche Marineoffiziere, hauptsächlich U-Boot-Kommandanten waren, die sich der beschützten Auslieferung durch die Flucht nach Südamerika entziehen wollten. Die Schiffe liegen in London.

* Auf dem Parteitag der Unabhängigen in Leipzig sprach Neumann-Nürnberg über die Einigungsfrage, die dringender sei, als manche glaubten. Man wolle aber berücksichtigen, daß man es von der anderen Seite mit überlegten Diplomaten zu tun habe, die die Einigungsfrage zur Erregung von Verwirrung benützen. Immer, wenn die Reichstagskammern in der Stimmung liegen, kommen sie mit der Einigungsfrage. Von dem ist das höchste Land der Einigung. Dort sind frühere Zentrumsleute zu blühenden Kommunisten geworden, und diese würden wieder Zentrumsanführer werden, wenn es nicht endlich gelänge, in der Einigungsfrage Klarheit zu schaffen. Ausgesprochen aber müsse werden, daß die Einigung nur möglich sei auf dem Boden des Programms der U. S. V. Man dürfe nicht auf die Ansicht, daß die Einigung in Deutschland nur den Zweck haben würde, die Regierung Ebert-Rose zu retten, und dazu könne die U. S. V. natürlich nicht hergehen.

* Der Meinungsstreit in der Baltikumfrage. Aus dem Reichswehrministerium wird gemeldet, daß in den letzten Tagen in Berlin ein ständiger Überfall durch mehrere Sinister an den Major Raupisch erfolgte, wobei die Angelegenheit ihm vermittels mündlichen Verhandlungen die Stellungnahme der Regierung gegen die im Baltikum auf eigene Faust handelnden deutschen Truppen. Raupisch konnte die Angelegenheit durch den Revolver abwehren. Raupisch ist im Reichswehrministerium tätig und soll zahlreiche Drohbriefe erhalten. Das Reichswehrministerium macht ultra-rechtslebende Kreise für die Stimmungsmache gegen einen seine Pflicht erfüllenden Offizier verantwortlich.

* In der preussischen Landesversammlung wurden keine Anfragen behandelt. Von besonderem Interesse war die eines sozialistischen Abgeordneten, der sich über die Art beschwerte, wie manche Behörden den Beamten die vorgeschriebene Einsicht in die Personalakten erwehren. Bisher wird nur der den Ältesten vorgeheftete Personalbogen gezeigt. Die Regierung erklärte, daß ein solches Verbot durchaus unzulässig sei. Den Beamten ist volle Einsicht in die Akten zu gewähren. Wo das nicht geschieht, sollen die Beamten sich an die Anstaltsbehörde wenden. Im weiteren beabsichtigt sich das Haus mit dem Gegenstand über Groß-Prinzen.

* Wilhelm II. gegen den dritten Bismarckband. Wie aus Stuttgart gemeldet wird, ist beim dortigen Landgericht der Antrag gestellt worden, das Erscheinen des dritten Bandes der Bismarckdenkwürden, Gedanken und Erinnerungen* zu verbieten. Der Antrag ging von der Vertretung des früheren Kaisers aus und wird damit begründet, daß in dem Bande eine Anzahl von Briefen des Kaisers zur Veröffentlichung gelangte. Das Landgericht hat beschloffen, zunächst ein Verbot im Wege einer einstweiligen Verfügung zu erlassen. Die Angelegenheit wird sobald das Oberlandesgericht beabsichtigen.

* Scheidemanns Wahl in Kassel. Die Kasseler Stadteordnetenversammlung sprach sich mit 35 sozialistischen Stimmen gegen 32 Stimmen der Demokraten, der Reichsten und des Zentrum gegen eine Ausdehnung der Stelle des Kasseler Oberbürgermeisters aus. Damit ist die Wahl Scheidemanns gesichert. Die Wahl ist bis zum Anfang der nächsten Woche vorgenommen. Das Zentrum wird dann für Scheidemann stimmen. Scheidemann hat sich bereit erklärt, trotz der knappen Mehrheit, mit der er gewählt wird, die Stelle anzunehmen.

Großbritannien.

* Die neue Friedensstrategie. Ein vortrefflicher Artikel der „Daily Chronicle“ weist den Geanten einer Verrückung des Haager Schiedsgerichts hofes mit der neuesten Streitfrage zwischen den alliierten Mächten und Deutschland schon aus, bemerkt aber, daß die, die über Einzelheiten verhandelt werden können, wenn Deutschland nachweise, daß die Erfüllung von Forderungen der Allierten Deutschland mehr bürden lasse und jenen Allierten, die mehr behindere als beabsichtigt ist.

Belgien.

* Verfolgung des Rates von Flantern. Von den 93 Mitgliedern des Rates von Flantern sind sieben in die Hände der belgischen Justiz gefallen, zum Teil verurteilt, zum Teil erwarten sie noch ihre Aburteilung. Die 88 anderen sind geflüchtet, sie sollen nimmeln in contumaciam vor dem Schwurgericht in Brüssel abgeurteilt werden und zwar in drei Parteien, zuerst die, die seinerzeit dem Reichsführer Bethmann Hollweg in Berlin einen Besuch abgelegt haben, dann die, die Stellungen ergo ommen haben, die von den Deutschen bezahlt wurden und schließlich die, die nur einfach Mitglieder des Rates waren.

Italien.

* Minister Scialoja. Der als Nachfolger Tittonis zum italienischen Minister des Äußeren ernannte Senator Scialoja gilt als einer der hervorragenden Rechtsgelehrten Italiens. Er trug an der Universität in Rom „romantisches Recht“ vor. Während des Krieges war Scialoja Vorkämpfer der parlamentarischen Gruppe „ascio“ (Der Band), die sich aus Mitgliedern des Senats und der Kammer zusammensetzte. Der italienischen Delegation der Friedenskonferenz gehörte er zuerst als Jurist der Verat, dann als Mitglied an. An der Ausarbeitung des Statuts für den Völkerbund nahm er hervorragenden Anteil.

Russland und Ausland.

* Stuttgart. Nachdem in der vorigen Woche die Solidarität der Rüstungsindustrie wegen Vorkommnissen in den Ausland geteilt waren, hat nunmehr das Unternehmertum im Stuttgarter Solgwesen die Vertreter aller Branchen ausgespart.

* Paris. Nach einem Radiotelegramm aus Rom soll der Papst den Erzbischof von Paris, Amette, beauftragt haben, die französische Regierung seinen Wunsch nach Beilegung der deutschen Kriegsgefangenen zu unterbreiten.

* Madrid. Das Ministerium ist zurückgetreten.

Die deutschen Kriegsgefangenen.

Eine Note der Entente.

Wie aus Paris gemeldet wird, hat sich der Fünfertrat erneut mit der Frage des Rücktransports der deutschen Kriegsgefangenen beschäftigt und den Entwurf einer Note gebilligt, die sofort der deutschen Friedensdelegation überreicht wurde. Die Note ist bereits in Berlin eingetroffen und wird alsbald nach der Übertragung ins Deutsche veröffentlicht werden.

Clemenceau scheint also nicht mehr den Willen zu haben, den Vorstellungen der deutschen Regierung in seiner betonen Art entgegenzutreten, sondern will die Vertretung der Kriegsgefangenen zurückhaltung der gesamten Entente überlassen.

Beim Reichskanzler in Berlin fand eine Besprechung zwischen dem Kanzler, Delegierten der Verbände für die Interessen der Kriegsgefangenen und Vertretern der verschiedenen Behörden, insbesondere auch dem Reichsamt für die Kriegsgefangenen, Abgeordneten des Reichstags, in der zahlreiche Wünsche und Anregungen erörtert wurden. Die Aussprache ergab inoffizielle Klärung, als man auf Grund der Darlegungen der Regierungsbefehle einheitlich an der Auffassung kam, daß seitens der Reichsregierung alles zur Verwirklichung geschehen ist, um die Gegner zu einer Zurückführung der noch in feindlichen Ländern befindlichen Kriegsgefangenen zu veranlassen. Ebenso einheitlich wurde der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß die Durchführung nicht mit materiellen Hindernissen verknüpft werden dürfe, sondern sich nach den allgemeinen Regeln der Humanität bestimmen müsse.

Deutschland vor neuem Hunger!

„Wir brauchen den Mut, Tatsachen zu bekennen.“ In der neuesten Nummer des „Antarktos“ veröffentlicht Paul Mantel, Direktor der Deutschen Bank, bemerkenswerte Ausführungen, in der er auf die Frage: Was tut uns not? mit dem Hinweis auf unsere Ernährungsfrage bemerkt, daß wir auf das Ausmaß und angelegentlich sind, um die für unser Volk notwendige Versorgung mit Lebensmitteln zu schaffen. Er läßt dann fort:

„Wir brauchen den Mut, Tatsachen zu bekennen. Es geht nicht an, daß der Reichsminister für Ernährung der Welt erklärt, die Ernährung ist gesichert, während in demselben Augenblick Konferenzen mit der Bankwelt zum Ausdruck gebracht wird, daß Deutschland vor neuem Hunger und vor den größten Ernährungsbedrohungen steht.“

Sehe, wenn die Banken die Finanzierungen nicht übernehmen. Das ist nicht offen, liegt uns in den Händen der Verkäufer und fördert gleichzeitig die Mächtigkeiten der Schieber und beschleunigt den Verfall und aherbar. Wenn zu derselben Zeit, in der es heißt, daß das Reichswirtschaftsministerium um einzelnen Kommunen die Erlaubnis ert, auch breitet um herabzuholen, und wenn dann die Spezialagenten der Kommunen an Schiebern und beschleunigen freien des Auslandes in Fesseln treten, so wird der Einkauf aus der nächsten ersehnt, indem die sich gegenständig überliefernden Käufer die Preise in die Höhe treiben. Es dürfte nur solchen Personen der Einkauf anvertraut werden, die die Geschäfte überblicken.